

# BREXIT NEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des  
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000  
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: [dubbert.mathias@dihk.de](mailto:dubbert.mathias@dihk.de) | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

Dezember 2017

Eine knappe Mehrheit der britischen Wähler hat sich im Juni 2016 für den Austritt aus der EU entschieden. Angesichts der tiefgreifenden Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bündelt der DIHK für Sie mit einem monatlichen DIHK Brexit-Newsletter relevante Informationen.

<b>Thema des Monats</b> .....	<b>2</b>
Brexit und Bildung: Austauschprogramme gefährdet .....	2
<b>Wichtige Entwicklungen</b> .....	<b>3</b>
Barnier empfiehlt dem Rat eine Übergangsphase bis Ende 2020 .....	3
2. Phase der Brexit-Verhandlungen startet .....	3
„Frohe“ Kunde für EU-Bürger in Großbritannien .....	3
UK-nahe Länder am stärksten vom Brexit betroffen .....	4
Brexit-Durchbruch als "verspätetes Nikolausgeschenk" .....	4
Vetorecht für Unterhaus.....	4
Barnier schließt Deal für Finanzdienstleistungen mit UK aus .....	4
Brexit kostet Großbritannien wöchentlich 350 Mio. £ .....	5
DIHK warnt: Durch den Brexit verliert die EU den zweitgrößten Nettozahler .....	5
<b>Hintergrundmaterial</b> .....	<b>6</b>
Relevanz der Personenfreizügigkeit .....	6
Britisches BIP-Wachstum leidet unter dem Brexit .....	6
Großbritannien hat mehr zu verlieren als die EU .....	7
Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien .....	8
<b>Ressourcen</b> .....	<b>10</b>

## *Thema des Monats*

### **Brexit und Bildung: Austauschprogramme gefährdet**

Das Vereinigte Königreich ist Spitze. Im Rahmen von Erasmus Plus gingen im letzten Jahr 41 Prozent der Lernenden in der beruflichen Bildung (Auszubildende und Berufsschüler) dorthin. Mit weitem Abstand folgt Spanien mit etwas mehr als 10 Prozent. England, Wales, Schottland und Nordirland werden als Zielregionen von Austauschprogrammen zukünftig fehlen, falls es nach dem Brexit keine adäquate Anschlussvereinbarung gibt. Ein Verbleib der Briten sollte möglich sein, denn schon derzeit nehmen Island, Norwegen, Liechtenstein, die Türkei und Mazedonien als Nicht-EU-Länder an Erasmus plus teil. Und am politischen Willen sollte es nicht fehlen, denn gut qualifizierte junge Leute auf die Insel zu holen ist eine lohnende Investition. Zudem werden die verbleibenden englischsprachigen EU-Länder den Ausfall Großbritanniens nicht kompensieren können. Und englisch ist nun einmal die Sprache, die von jungen Leuten am ehesten auslandstauglich gesprochen wird.

Auch bei den Studierenden ist das Vereinigte Königreich ein beliebtes Zielland. Es gehen wesentlich mehr Erasmusstudenten dorthin als britische Erasmusstudenten aufs Festland. Das obwohl die Studiengebühren an den meisten Universitäten in den EU-27 geringer sind als in UK. Umgekehrt fallen für Erasmusstudenten in Großbritannien nicht die hohen Studiengebühren an, die ansonsten zu zahlen sind. Nach einem harten Brexit bei Erasmus könnte es also für deutsche Studierende teurer werden.

Noch ist derzeit allen Beteiligten vollkommen unklar, wie es nach dem Brexit weitergeht. So finden sich auf einschlägigen Informationsseiten der Hochschulen lapidare Hinweise darauf, dass die möglichen Auswirkungen wesentlich vom Verlauf der Austrittsverhandlungen abhängen: „Vorerst ändert sich für Sie nichts, alles andere wäre zu diesem Zeitpunkt spekulativ“, erfährt der interessierte Student. Häufig wird auf die Internetseite der britischen Erasmus-Agentur verwiesen ([ERASMUSplus](#)). Danach wird Großbritannien bis zum Ende des laufenden Haushaltsrahmens, also bis 2020 an Erasmus plus teilnehmen – nach dem Motto: Wenn wir bis zum Ende zahlen sollen, werden wir auch die Programme nutzen. In diesem Sinne äußerte sich kürzlich auch Premierministerin Theresa May. Und sie nannte Bildung und Kultur als Beispiele für die von ihr angestrebte tiefe und besondere Zusammenarbeit mit der EU nach dem Brexit.

Es wäre auch aus Sicht der deutschen Auszubildenden und Studierenden sinnvoll, im Bereich der Austauschprogramme so weit wie möglich alles beim Alten zu lassen. Denn die Rosinen werden in diesem Fall nicht nur von den Briten gepickt. Schon die Entscheidung der EU-Kommission, dass britische Städte künftig nicht mehr Kulturhauptstadt Europas werden können, zeugt von Kleingeist. Die Erfinderin der Kulturhauptstadt, die griechische Schauspielerin, Sängerin und Politikerin Melina Mercouri, wollte die Vielfalt des kulturellen Erbes in Europa herausstellen. Und das Vereinigte Königreich wird auch nach 2020 zu Europa gehören.

Günter Lambertz

## Wichtige Entwicklungen

### **Barnier empfiehlt dem Rat eine Übergangsphase bis Ende 2020**

Brexit Chefunterhändler Michel Barnier hat am 20. Dezember dem Rat die [Empfehlung](#) für die weiteren Brexit-Verhandlungen vorgelegt. Aus der Empfehlung geht hervor, dass die Übergangsphase nicht über den 31. Dezember 2020 hinaus andauern soll. Die [neuen Leitlinien](#), die am 15. Dezember durch den EU-Rat als Grundlage für die bevorstehende zweite Phase der Brexit-Verhandlungen beschlossen wurden, beinhalten ein Austrittsabkommen sowie eine Übergangsphase. Laut Ratspräsident Donald Tusk wird das Vereinigte Königreich in dieser Zeit keine Stimmrechte in den EU-Institutionen haben; auch britische Abgeordnete wird es nach den Europawahlen im Mai 2019 nicht mehr geben. Gleichzeitig werden die Briten während der Übergangsphase in der Zollunion und im Binnenmarkt verbleiben. Dies würde weiterhin Zahlungen an den EU-Haushalt einschließen.

### **2. Phase der Brexit-Verhandlungen startet**

Der [EU-Ratsgipfel](#) in Brüssel hat am 15. Dezember grünes Licht für den Beginn der zweiten Phase der Brexit-Verhandlungen gegeben. Die zweite Phase beinhaltet sowohl Verhandlungen über die voraussichtlich zweijährige Übergangsperiode als auch über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und UK. Die EU-Kommission wurde beauftragt, ab Januar mit den Verhandlungen zur Übergangsperiode zu starten. Voraussichtlich werden anschließend im Rahmen des EU-Ratsgipfels im März 2018 die Leitlinien über die künftigen Beziehungen diskutiert. Ziel ist, die Verhandlungen über ein Trennungsabkommen sowie die Übergangsperiode bis Oktober 2018 abzuschließen, um diese anschließend mit qualifizierter Mehrheit im Europäischen Rat und einfacher Mehrheit im EU-Parlament ratifizieren zu lassen.

Premierministerin May hatte im Vorfeld einige Zugeständnisse für Vereinbarungen zur irisch-nordirischen Grenze, zu den Rechten der EU-Bürger in Großbritannien sowie zu den finanziellen Verpflichtungen Londons nach dem Brexit 2019 gemacht, um die zweite Verhandlungsphase starten zu können. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erwartet schwierige Verhandlungen mit Großbritannien. „Die zweite Phase wird erheblich härter als die erste sein, und die erste war schon sehr schwierig“, sagte Juncker am Rande des EU-Gipfels.

### **„Frohe“ Kunde für EU-Bürger in Großbritannien**

Die Einigung beim Ratsgipfel betraf u.a. auch die künftigen Rechte von EU-Bürgerinnen und -Bürgern in Großbritannien. Die Rechte auf Gesundheitsversorgung, Sozial- und Rentenleistungen sowie das Recht auf Familiennachzug sollen weitestgehend gleichbleiben. Dies verkündete das britische Innenministerium in einem [Brief](#) an EU-Einwanderer im Vereinigten Königreich und versprach darin auch ein neues IT-System, mit dem EU-Bürgerinnen und -Bürger ab der zweiten Jahreshälfte 2018 schneller und leichter ihre Anträge auf Bleiberecht stellen können sollen.

### **UK-nahe Länder am stärksten vom Brexit betroffen**

Am 11. Dezember haben sich die Industrie- und Handelskammer-Organisationen der sieben EU-Nordsee-Anrainerstaaten mit einem [Appell](#) an das Vereinigte Königreich und die EU gewandt. Die Verhandlungen über den Übergang und die künftigen Handelsbeziehungen seien so rasch wie möglich zu beginnen, da gerade diejenigen Länder, die Großbritannien am nächsten liegen am stärksten vom Brexit betroffen sind. Ca. 70 Prozent des Handels zwischen der EU und UK findet zwischen Großbritannien und den Ländern Deutschland, Irland, Frankreich, Belgien, Niederlande und Dänemark statt. Dies macht ein Handelsvolumen von über 344 Milliarden Euro aus.

### **Brexit-Durchbruch als "verspätetes Nikolausgeschenk"**

DIHK-Präsident Eric Schweitzer begrüßte am 8. Dezember die überraschende Einigung der EU mit Großbritannien zur ersten Phase der Verhandlungen. „Der Konsens über die Austrittsbedingungen mache den Weg frei für die Themen, die den Unternehmen auf den Nägeln brennen.“ Es müssten endlich Fragen zu Zöllen, Fachkräfteversorgung sowie Bestandschutz für laufende Verträge bei Krediten und Versicherungen angegangen werden.

### **Vetorecht für Unterhaus**

Genau einen Tag vor dem Ratsgipfel, am 13. Dezember, entschied das britische Unterhaus mit 309 zu 305 Stimmen gegen die Position der britischen Regierung, dass durch eine [Ergänzung](#) zum EU-Withdrawal-Bill ein größeres Mitspracherecht des Unterhauses bei der endgültigen Austrittsvereinbarung mit der EU eingeräumt wird. Das bedeutet, dass das britische Parlament seine Zustimmung zu einem Brexit-Abkommen geben muss.

### **Barnier schließt Deal für Finanzdienstleistungen mit UK aus**

Für die Zeit nach dem Brexit wird ein einfaches Freihandelsabkommen, wie mit CETA zwischen der EU und Kanada, zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wahrscheinlicher. David Davis hatte aber auf Zugeständnisse der EU gehofft, die es britischen Finanzdienstleistern erlaubt, über ein einfaches Freihandelsabkommen hinaus, ihre Dienstleistungen in der EU anzubieten. Dieses Privileg kommt normalerweise nur Mitgliedern des Binnenmarktes zugute. Barnier schloss ein solches Bonbon nun in einem Interview mit dem [Guardian](#) aus: „Es gibt keinen Platz für Finanzdienstleistungen“.

### **Keine Mehrheit in der Bevölkerung für den Brexit**

In der monatlichen [Umfrage](#) des BMG Research sprechen sich am 17. Dezember mittlerweile 51 Prozent der befragten Briten für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU aus. Lediglich 41 Prozent wollen den Brexit, 7 Prozent sind unentschlossen und 1 Prozent gaben keine Antwort. Diese Verschiebung kommt laut BMG Research durch die Nichtwählerinnen und Nichtwähler beim Referendum 2016 zustande. 81 Prozent der damaligen Nichtwählerinnen und Nichtwähler sprechen sich nun für einen Verbleib in der EU aus.

### **Brexit kostet Großbritannien wöchentlich 350 Mio. £**

Der heutige UK-Außenminister Boris Johnson warb in der Brexit-Kampagne damit, dass das Vereinigte Königreich wöchentlich 350 Mio. £ an die EU ‚verliert‘. Berechnungen der [Financial Times](#) zufolge entgehen Großbritannien aufgrund des Brexit nun wöchentlich 350 Mio. £, da das Wirtschaftswachstum Großbritanniens durch den Brexit ca. 1% geringer ausfällt, als dies ohne den Brexit der Fall gewesen wäre.

### **DIHK warnt: Durch den Brexit verliert die EU den zweitgrößten Nettozahler**

Durch den Brexit werden ca. zehn Mrd. € weniger für den EU-Haushalt jährlich zur Verfügung stehen. Im [Gespräch](#) mit der Westfalenpost erläuterte DIHK-Präsident Eric Schweitzer, dass Einsparungen oder eine Umschichtung des EU-Haushalts nötig sind um die Mitgliedsstaaten vor einer Beitragserhöhung zu bewahren. Allein auf Deutschland kämen nach Schätzungen des DIHK Beitragserhöhungen von bis zu acht Mrd. € pro Jahr zu. Der DIHK schlägt eine Verringerung der Ausgaben für den Agrarbereich (derzeit 39% des EU-Budgets) und für Kohäsionspolitik (derzeit 34%) zu Gunsten einer Erhöhung der Ausgaben zur Unterstützung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung (derzeit nur 13%) vor.

Einschneidende Veränderungen werden im kommenden Jahr nicht nur die Brexit-Verhandlungen bringen. Auch die von der EU-Kommission aufgeworfene Frage, wie eine EU27 im Jahre 2025 aussehen soll, muss konkreter und #gemeinsam beantwortet werden. Der DIHK nennt zentrale Handlungsfelder in seinem [Positionspapier](#) zur Mitgestaltung der Zukunft der EU.

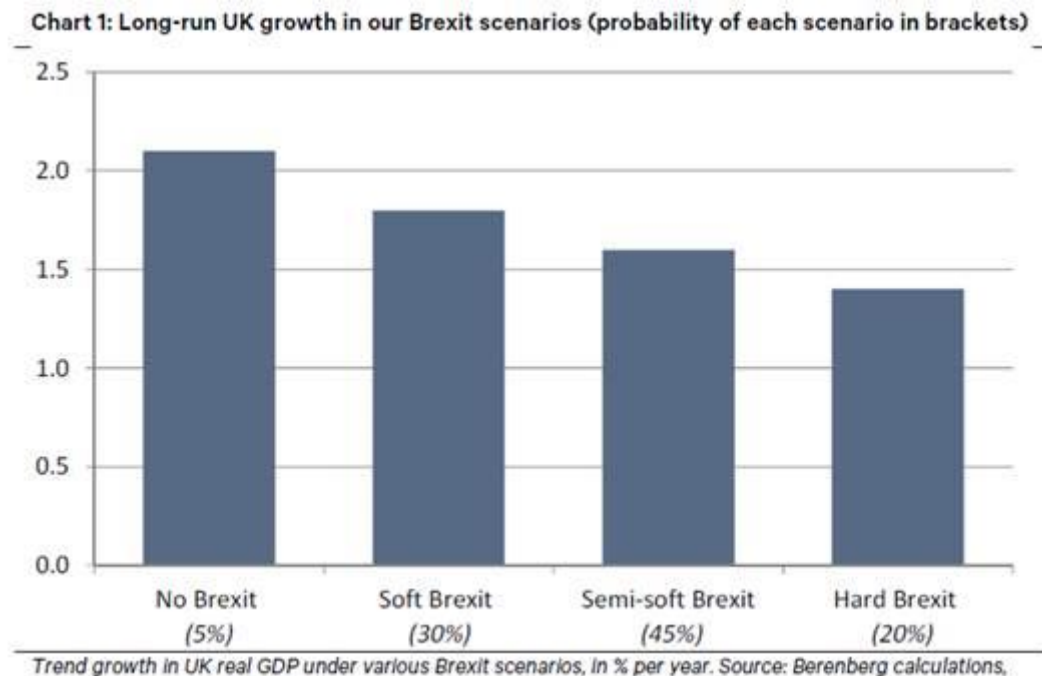
## Hintergrundmaterial

### Relevanz der Personenfreizügigkeit

Für 3,5 Mio. Staatsbürger der EU-Mitgliedstaaten, die derzeit in Großbritannien leben, hatte die Entscheidung für den Brexit im Juni 2016 große Unsicherheiten zur Folge. In einer [Publikation](#) der Bertelsmann Stiftung vom 14. Dezember wird die Relevanz der Personenfreizügigkeit, besonders für mittel- und osteuropäische Staatsbürger in Großbritannien herausgestellt. Es wird argumentiert, dass auch nach dem Brexit die Freizügigkeit für in Großbritannien lebende EU27-Bürgerinnen und -Bürger einerseits sowie in EU-Staaten lebende Briten andererseits weiterhin garantiert werden soll.

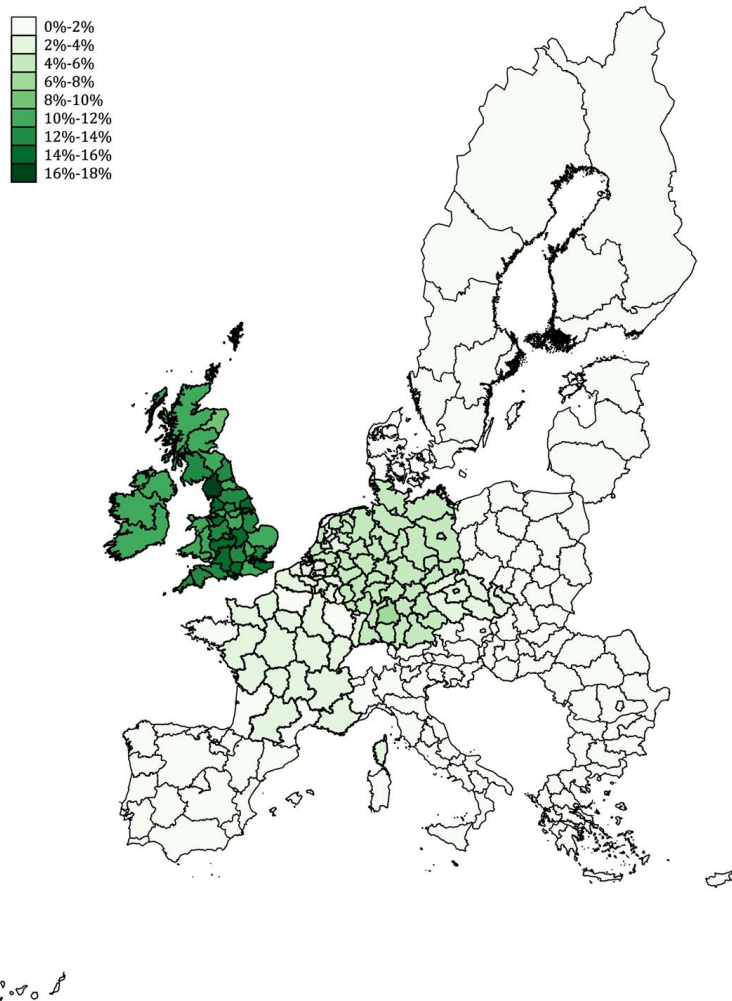
### Britisches BIP-Wachstum leidet unter dem Brexit

Die älteste Bank Deutschlands, Berenberg, hat in einem [Kommentar](#) vom 15. Dezember den Einfluss verschiedener Brexit-Szenarien auf das Wachstum des britischen BIP berechnet. Ein von ihnen genannter „Semi-soft Brexit“ ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in den britischen Häusern und der MdEP im EU-Parlament mit 45 Prozent am wahrscheinlichsten und würde zu einem Rückgang des Wachstums in UK auf nur noch 1,6% führen. Ein harter Brexit würde sich am stärksten negativ auf die Wirtschaft auswirken und Berenberg rechnete in dem Fall mit nur noch 1,4% Wachstum.



### **Großbritannien hat mehr zu verlieren als die EU**

In einer [Studie](#) von Wiley Online Library vom 12. Dezember wurde festgestellt, dass durch einen Austritt Großbritanniens aus dem Binnenmarkt die Regionen des Vereinigten Königreichs und Irlands stärker durch handelsbezogene Risiken gefährdet sind als alle anderen Regionen in der EU. Ungefähr 2,6% des BIP der EU ist aufgrund handelsbezogener Konsequenzen durch den Brexit gefährdet. Für Großbritannien sind ca. 12% des BIP in Gefahr. Auch Deutschlands Regionen wären überdurchschnittlich stark von handelsbezogenen Risiken des Brexit betroffen.



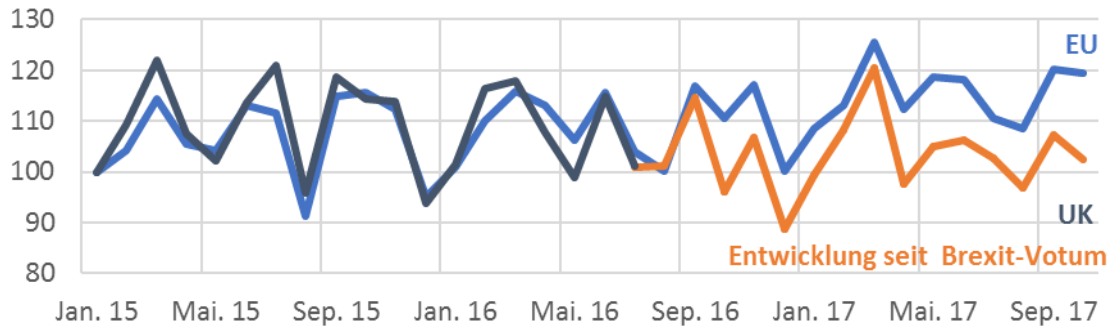
Quelle: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/pirs.12334/full#pirs12334-fig-0002>



## Volkswirtschaftliche Kennzahlen Großbritannien

### Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

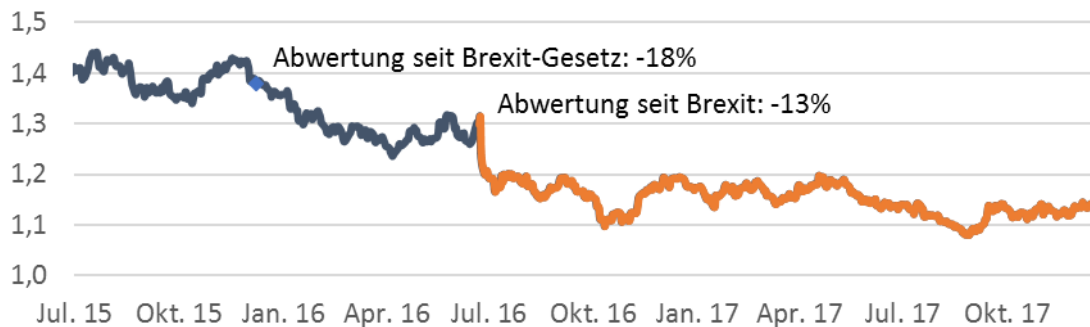
(01/15=100, Monatswerte; Quelle: DeStatis, eigene Berechnungen)



**DIHK-Kommentar:** Im letzten Jahr sind die deutschen Exporte nach Großbritannien um 3% gesunken. Für dieses Jahr ergibt sich ein erneuter Rückgang von 2% (Januar bis Oktober ggü. Vorjahreszeitraum). Dem steht ein Plus von 6% bei den deutschen Exporten in die EU insgesamt gegenüber.

### Wechselkurs Pfund - Euro

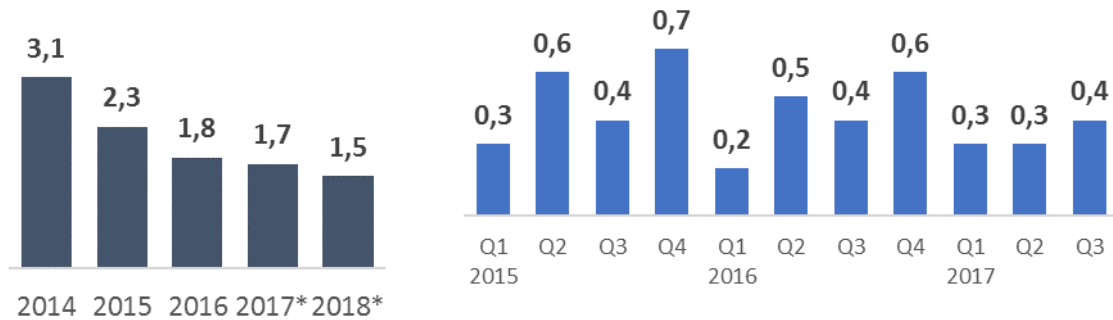
(Quelle: finanzen.net; Stand: 20.12.17)



**DIHK-Kommentar:** Die Unsicherheiten um den weiteren Verlauf der Brexitverhandlungen belasten den Pfundkurs weiterhin. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen vor Ort sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

## Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

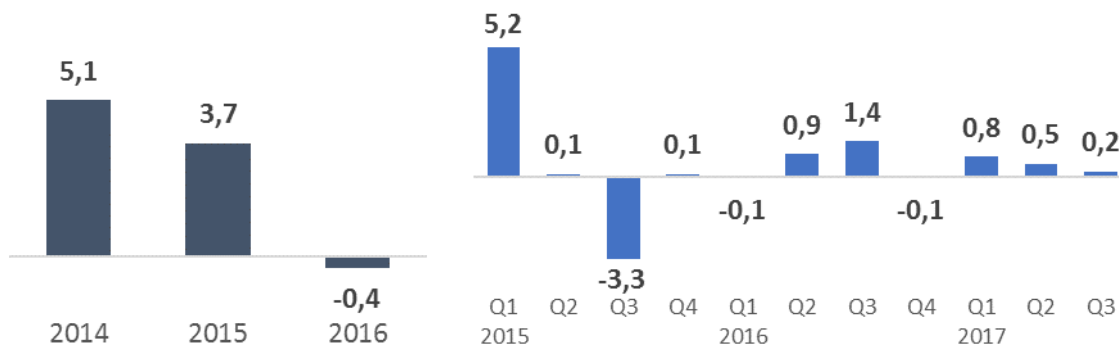
(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#); \*IWF-Prognose)



**DIHK-Kommentar:** Das Wachstum der britischen Volkswirtschaft hat mit 0,4% im dritten Quartal 2017 wieder etwas an Fahrt aufgenommen. Mit einer Prognose von 1,7% für dieses und 1,5% für nächsten Jahr, bleibt das Wachstum aber weiter deutlich unter dem EU-Durchschnitt (IWF-Prognose: 2,3% in 2017; 2,1% in 2018).

## Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



**DIHK-Kommentar:** Die gewerblichen Investitionen entwickeln sich nach dem Rückgang im letzten Jahr weiter verhalten. Die Brexit-Verhandlungen stellen einen großen Unsicherheitsfaktor aus Sicht der Unternehmen dar.



## Ressourcen

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: [brexit@buergerservice.bund.de](mailto:brexit@buergerservice.bund.de)

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>